

Schwieriges Jahr 2002 für die AHV/IV/FAK-Anstalten

Der seit dem Herbst 2001 anhaltende Wertzusammenbruch an den Börsen hat nicht nur negative Auswirkungen auf Staatshaushalte, Wirtschaftsunternehmen und Pensionskassen, sondern auch auf die Finanzen der liechtensteinischen AHV/IV/FAK-Anstalten.

Zum ersten Mal seit Bestehen der AHV haben ihre Fondsmittel abgenommen. Diese Entwicklung konnte auch durch die rund 1'000 neuen Arbeitsplätze und die damit verbundene Erhöhung der Beitragseinnahmen nicht wettgemacht werden. Das von der AHV-Beitragspflicht erfasste Einkommen stieg im Jahr 2002 um 3,8 Prozent von 1'989 auf 2'063 Mio. Franken. Die Gesamteinnahmen der drei Sozialwerke AHV/IV/FAK fielen aufgrund der Börsenverluste um 143,7 Mio. auf 151,7 Mio. Franken. Demgegenüber haben die Leistungen um 13,7 Mio. Franken auf 241,1 Mio. Franken zugenommen.

Wie die AHV/IV/FAK-Anstalten in ihrem soeben erschienenen Jahresbericht schreiben, war die Börsenentwicklung des Jahres 2002 einerseits durch die weltwirtschaftliche Unsicherheit und andererseits von der Irak-Krise überschattet. Obwohl für die Gelder des AHV- und des FAK-Fonds seit Jahren eine zurückhaltende Anlagestrategie verfolgt wird, schlugen sich die weltwirtschaftlichen Entwicklungen negativ auf das Anlageergebnis nieder. Beim AHV-Fonds ist ein Rückgang von 80 Mio. Franken zu verzeichnen, beim FAK-Fonds betrug der Rückgang 9,4 Mio. Franken.

Leistungssteigerung bei der AHV

Die im Jahr 2001 geschaffenen Erleichterungen zum Rentenvorbezug haben nochmals zu einem Anstieg der Leistungen bei der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) geführt. Die Rentenauszahlungen stiegen um 6,3 Prozent und erreichten 147,5 Millionen Franken (Vorjahr 138,7 Mio.). Dank der Zunahme an Arbeitsplätzen ist auch bei den Beiträgen eine Steigerung von 3,8 Prozent zu verzeichnen, sodass 156,7 Mio. Franken eingenommen wurden.

Dazu kommen der Staatsbeitrag und der LSVA-Anteil in der Höhe von insgesamt 33,8 Mio. Franken. Nachdem bei den Kapitalerträgen ein Minus von 122,9 Mio. Franken entstanden ist, schliesst das Gesamtergebnis der AHV-Rechnung mit einem Verlust von 80 Mio. Franken.

Die Zahl der AHV-Rentner und -Rentnerinnen in Liechtenstein stieg im Jahr 2002 auf 13'118 Personen (Vorjahr 12'108). Der Zuwachs von 8,3 Prozent ist teilweise auf den vermehrten Rentenvorbezug zurückzuführen. Er wird von 1'992 Rentnerinnen und Rentnern benutzt (Vorjahr 1'407).

IV: Höheres Defizit

Auch bei der Invalidenversicherung (IV) sind die Leistungen stärker gewachsen als die Einnahmen, was zu einem erhöhten Defizit geführt hat. Die Beiträge der Versicherten stiegen im Jahr 2002 um 4,1 Prozent auf 24,8 Mio. Franken (Vorjahr 23,8 Mio.). Da sich die Leistungen gleichzeitig um 9,9 Prozent auf 45,7 Mio. Franken erhöht haben, ergab sich ein Defizit von 20,9 Mio. Franken (Vorjahr 15,3 Mio.). Es wird von Gesetzes wegen vom Staat übernommen, sodass die Rechnung der IV ausgeglichen abschliesst.

Rückgang beim FAK-Vermögen

Die Familienausgleichskasse (FAK) finanziert sich aus den Beiträgen der Arbeitgeber und selbstständig Erwerbenden. Ihre Einnahmen stiegen von 41,7 auf 43,3 Mio. Franken; die Zunahme beträgt 3,7 Prozent. Gleichzeitig haben die Aufwendungen für die Kinderzulagen, Geburtszulagen und Alleinerziehendenzulagen nur geringfügig um 1,7 Prozent zugenommen und erreichten 47,9 Mio. Franken (Vorjahr 47,1 Mio.). Aufgrund der schlechten Erträge aus den Kapitalanlagen resultiert für die FAK ein Verlust von 9,4 Mio. Franken, was zu einer Abnahme des Fondsvermögens von 91,1 auf 81,7 Mio. Franken führt.

Im Jahr 2002 haben durchschnittlich 6'400 Bezüger Familienzulagen bezogen (Vorjahr 6'313). Zulagen für Alleinerziehende wurden an 590 Personen (Vorjahr 568) ausbezahlt.

Überschuss bei den Verwaltungskosten

Die AHV/IV/FAK-Anstalten beschäftigten zum Jahresende 55 Personen, davon sieben Teilzeitangestellte sowie drei Lehrlinge und einen Praktikanten.

Die Verwaltungskosten der AHV/IV/FAK-Anstalten sind im Jahr 2002 um 6,4 Prozent gestiegen und betrugen 9,5 Mio. Franken (Vorjahr 8,9 Mio.). Der Anstieg ist vor allem auf höhere Lohnnebenkosten und Personalaufstockungen zurückzuführen, die notwendig wurden, weil auch der Leistungsbereich erweitert wurde.

Die Verwaltungskosten werden aus den Verwaltungskostenbeiträgen der Arbeitgeber und selbstständig Erwerbenden sowie aus der Entschädigung des Staates für die administrative Besorgung der Birgungsleistungen, Hilflosenentschädigung und Blindenbeihilfen finanziert. Insgesamt verzeichnete die Verwaltungskostenrechnung Einnahmen von 9,9 und Ausgaben von 9,5 Mio. Franken. Dadurch schliesst sie mit einem leichten Überschuss von 0,4 Mio. Franken ab.